

OV 15.11.10 S3

Bangen um deutsches Ausnahme-Modell

EU-Kommission will Spareinlagen-Sicherung harmonisieren / Volksbanken drängen auf Erhalt des eigenen Systems

Von Giorgio Tzimurtas

Brüssel/Vechta – Der Finanzsektor gehört zu den Großbaustellen in der Europäischen Union. Mehr Sicherheit ist das Ziel. Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, denkt dabei auch an die Sparer. Sein Plan: Kommt es trotz aller Reformen dennoch zur Pleite eines Kreditinstituts, dann soll es für Kontoinhaber eine gesetzliche Deckungssumme von 100 000 Euro geben. Noch im Dezember will der Franzose seinen Vorschlag als Richtlinie durchsetzen – als EU-weit gültiges Gesetz. Doch: Aus Sicht der Volks- und Raiffeisenbanken in Deutschland wäre dies ein Rückschritt im Verbraucherschutz. Sie garantieren die Rückerstattung der Einlagen auch über die Summe von 100 000 Euro hinaus – nämlich im vollen Umfang. Möglich ist dies durch das institutsspezifische System des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR). Sollte eine Volks- und Raiffeisenbank in Not geraten, kommen ihr alle anderen zur Hilfe – über einen Einlagensicherungsfonds.

„Wir haben eine Solidargemeinschaft“, erklärt Norbert Feldkamp, Sprecher der Volksbanken im Kreis Vechta und Verbandsratsmitglied im BVR. Feldkamp fordert mit allem Nachdruck, dass die vollumfängliche Einlagensicherung des BVR in der EU als Ausnahme-Modell akzeptiert wird. „Wir dürfen den Pfad der Möglichkeiten nicht verlassen. Was funktioniert, sollte man nicht abschaffen“, betont der Vorstand der Volksbank Neuenkirchen-Vörden mit Nachdruck.

Eine breite Front der Unterstützung hat sich derweil in der Politik formiert. „Wir sehen uns durch die Bundesregierung gestärkt“, berichtet Feldkamp und weiß einen mächtigen Verbündeten an seiner Seite. Denn der Rat der EU, in dem die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten vertreten sind, entscheidet über Barniers Vorlage mit, kann Änderungen durchsetzen. Und Deutschland ist in dem Gremium ein Schwergewicht.

Auch der Bundestag hat sich eingeschaltet. „Wir sind der Meinung, dass sich das BVR-System bewährt hat. Wir wollen die Einlagensicherung national regeln“, sagt der Garther CDU-Abgeordnete Franz-Josef Holzenkamp. Das ist ebenso die Auffassung des Bundesrats.

In der Mitentscheidung ist auch das Europäische Parlament. „Hier hat man erkannt, dass es sich um ein hochbrisantes

Thema handelt“, sagt der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Er ist überzeugt: „Es ist Unsinn, das BVR-Sicherungssystem zu zerlegen.“ Es verfolge vom Grundsatz her dasselbe Ziel wie Barniers Harmonisierungsvorstoß. „Es geht um die Sicherheit des Kapitals der Bürger. Das ist das entscheidende Kriterium.“



Michel Barnier



Hans-Peter Mayer



Norbert Feldkamp



Matthias Groote



Franz-Josef Holzenkamp

Genau so sieht es der SPD-Europaausgeordnete Matthias Groote aus Rhaderfehn. Gerade in der Wirtschaftskrise habe sich gezeigt, dass die Genossenschaftsbanken und Sparkassen „Garanten für Stabilität waren“. Für Groote gehören die besagten Institute „zur öffentlichen Daseinsvorsorge“. In Richtung Kommission schimpft er: „Da platzt einem die Hutschnur, wenn versucht wird, das auszuhebeln.“ Groote geht davon aus, dass es bis zur Entscheidung noch „ein Herbst“ wird. Er versichert: „Die SPD-Abgeordneten werden alles dafür tun, damit die Ausnahme ins Gesetzbuch kommt.“

Die SPD hat 23 Stimmen in der 736 Parlamentarier umfassenden EU-Volksvertretung. Als Vorteil kann sich auswirken, dass der deutsche SPD-Abgeordnete Martin Schulz die gesamte Fraktion der europäischen Sozialisten und Demokraten (S&D) führt. Sie verfügen über 184 Sitze.

Auch der CDU-Abgeordnete Mayer, Mitglied im Verbraucherschutz-Ausschuss des Europäischen Parlaments, ist kämpferisch gestimmt: „Ich werde Änderungsanträge einbringen.“ Mayer verweist zudem auf diese Fügung: „Alle Berichterstatter des Parlaments zur Vorlage sind Deutsche.“

Mayers konservative EVP-Fraktion verfügt über 265 Sitze – darunter 42 deutsche.

Gelingt eine Allianz aus europäischen Sozialdemokraten und Konservativen, kann Barnier zum Einknicken gebracht werden. Doch: Die Privatbanken machen massive Lobbyarbeit. Bei einer völlig harmonisierten EU-Regelung wittern sie Wettbewerbsvorteile.

Für die Volks- und Raiffeisenbanken hätte ein Scheitern der Ausnahmeregelung zur Folge, dass sie umdenken müssen. Um einen Bruch mit der Tradition zu vermeiden, müssten sie ein paralleles Sicherungssystem zum bewährten aufbauen – nach den Vorgaben der EU. Die neuen Fondseinlagen würden sich auch auf die Kundenpreise auswirken. „Aber nicht ad hoc“, erklärt Feldkamp. Doch an solch eine Entwicklung will er noch gar nicht denken. Er setzt darauf, dass die Institutssicherung des BVR letztendlich als Ausnahme erhalten bleibt.



Vollumfänglichen Schutz für Spareinlagen bieten die Volks- und Raiffeisenbanken. Nach Plänen der EU-Kommission soll die Sicherungssumme künftig bei 100 000 Euro liegen. Symbol-Foto: Haring